

Alle Kinder fördern - Kinderbetreuung weiter ausbauen

2013 ist ein wichtiger Zwischenschritt hin zu einer möglichst umfassenden Betreuung und Förderung von Kindern ab dem ersten Jahr erreicht worden. Das ist ein großer Erfolg sozialdemokratischer Politik in Bremen.

2013 ist es gelungen, den Rechtsanspruch für die Betreuung der Unter-3-jährigen wie auch für die 3-6-jährigen umzusetzen. Alle akuten Bedarfe konnten befriedigt werden. Es hat keine Klagen von Eltern gegeben. Allerdings gibt es in einzelnen Kitas auch Wartelisten mit Kindern, deren Eltern gerne einen Platz in ihrem Quartier erhalten hätten. Zudem verweist eine Studie des Deutschen Jugend Instituts darauf, dass es auch in Bremen einen über das bisherige Platzangebot hinausgehenden Bedarf gibt. Qualitativ sind noch nicht alle Zielsetzungen in diesem Politikfeld erreicht. Kinderbetreuungspolitik zielt neben der Ermöglichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern auf eine umfassende Förderung und Teilhabe kleiner Kinder. Sie ist damit auch ein wesentlicher Baustein für mehr soziale Chancengleichheit. Kinderbetreuung ist zugleich staatliche bzw. gesellschaftliche unterstützte Bildung von Anfang an. Die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote in den verschiedenen Stadtteilen ist sehr unterschiedlich. Insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist die Betreuungsquote deutlich niedriger als in Stadtteilen mit besseren Sozialindikatoren. So liegt die Versorgungsquote Ende 2013 in diesen Stadtteilen häufig bei 40 Prozent oder sogar darunter, während die Versorgungsquote in Horn-Lehe 63 Prozent oder in der östlichen Vorstadt und Borgfeld je 55 Prozent beträgt. Auch die vom Deutschen Jugend Institut erarbeitete Bedarfsprognose belegt, dass insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen noch ein erheblicher Betreuungsbedarf vorhanden ist. Hier ist es sozialpolitisch geboten, über eine Erweiterung des Angebotes, die Nachfrage nach Betreuungsplätzen anzuregen. Ebenso zeigen Erfahrungen, dass ohne zielgruppenspezifische Werbemaßnahmen nur eine deutlich unterdurchschnittliche Betreuungsquote erreicht wird. Betroffen sind davon insbesondere Kinder, die von einer frühkindlichen Förderung besonders profitieren würden.

All dies verweist darauf, dass insbesondere die Zielerreichung beim Ziel Förderung und Bildung von Anfang an, noch unzureichend ist. Deshalb tritt die SPD einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung ein, insbesondere in Stadtteilen mit größeren sozialen Problemlagen. In Anknüpfung an unsere bisherigen Forderungen fordern wir im Einzelnen:

- In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist die Betreuungsquote von unter drei-jährigen Kindern aber auch von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren unterdurchschnittlich. Um auch hier möglichst alle Kinder optimal fördern zu können, ist eine mehrjährige Ausbauplanung vorzulegen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Betreuungsangebote in diesen Stadtteilen entsprechend ausgebaut werden. Gleichzeitig sind hier die Kindertagesstätten forciert zu Kinder- und Familienzentren weiterzuentwickeln.

- 45 ▪ Um die unterdurchschnittliche Betreuungsquote in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu erhöhen, müssen zielorientierte, mehrsprachige Maßnahmen zur Information und Aufklärung über die Bedeutung der Förderung von Kindern unternommen werden. Dieses sollte im Rahmen einer aufsuchenden Familienarbeit mit persönlicher Ansprache erfolgen. Das Ziel dieser erweiterten Maßnahmen ist eine Teilhabe und Chancengleichheit von Anfang an.
- 50 ▪ Der Ausbau der Kinderbetreuung wird ohne umfangreichere Baumaßnahmen nicht realisierbar werden. Deswegen ist eine Standortentwicklungsplanung zu erarbeiten, die auch die konkreten baulichen Maßnahmen in Neubau, Erweiterung und Bestand ausweisen.
- 55 ▪ Die Ausbauplanung muss jährlich fortgeschrieben werden. Grundlage der Fortschreibung muss neben der Auswertung der Anmeldezahlen eine solide Bedarfsanalyse sein. Das Deutsche Jugendinstitut hat eine derartige Analyse erstellt. Wir fordern die regelmäßige Beteiligung Bremens an dieser jährlichen Bedarfsanalyse.
- 60 ▪ Wir streben an, den Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit von acht Stunden täglich anzuheben. Demensprechend ist die Anzahl der angebotenen 8-Stundenplätze auszuweiten. Gleichzeitig muss dafür Sorge getragen werden, dass eine pädagogisch sinnvolle Betreuung und Förderung auch zu sogenannten Tagesrandzeiten angeboten werden.
- 65 ▪ Bei allen Ausbausritten ist sicherzustellen, dass die erreichten Qualitätsstandards in der Betreuung und Förderung erhalten werden und wo nötig auch gesteigert werden.
- 70 ▪ Da noch auf absehbare Zeit Hortplätze zur Betreuung von Schulkindern benötigt werden, ist konzeptionell darzulegen, wie die Betreuung von Schulkindern in Kooperation zwischen Schule und Hort erfolgen soll.
- Es ist dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden. Deshalb ist eine mittelfristige Personalbedarfsprognose zu erstellen. Entsprechend der Bedarfsprognose sind die Ausbildungskapazitäten in Bremen qualitativ und quantitativ zu gestalten.
- Bei der Ausbauplanung ist der Eigenbetrieb Kita Bremen stärker zu berücksichtigen.